

INFORMATIONEN

FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

IHK-Vollversammlung beschließt Positionspapier zum Strukturwandel:

„Fördermilliarden dürfen nicht versickern!“

Halle (Saale), 2. Juli 2019. Die heimische Unternehmerschaft mahnt eine stärker strategisch angelegte Strukturpolitik für den Braunkohleausstieg an. Auf ihrer Sommersitzung hat die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau (IHK), gewählte Interessenvertretung für rund 55.000 Unternehmen im südlichen Sachsen-Anhalt, dazu neun Forderungen für zentrale politische Weichenstellungen verabschiedet. Die Unternehmer dringen unter anderem auf eine verlässliche Strategie, damit die zugesagten Fördermilliarden nicht versickern. Wichtigstes Ziel müsse es sein, Industriearbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region zu erhalten sowie Mitteldeutschland zum Kompetenzzentrum für Energieforschung aufzubauen. Das Positionspapier war zuvor in den Selbstverwaltungsgremien der IHK intensiv diskutiert worden.

„Wir können die Wettbewerbsfähigkeit unserer energieintensiven Industrie nur dann erhalten, wenn trotz Braunkohleausstieg die Stromversorgung sicher bleibt und nicht weiter verteuert wird“, betonte IHK-Präsident Prof. Dr. Steffen Keitel. „Dafür brauchen wir vor allem mehr anwendungsorientierte Forschung und die klugen Köpfe dahinter.“ Keitel sprach sich abermals dafür aus, ein auf Energieforschung ausgerichtetes und international orientiertes ingenieurtechnisches Zentrum im Süden Sachsen-Anhalts zu etablieren.

Außerdem sieht die IHK-Forderungsliste vor, die Rahmenbedingungen für Investitionen in der Region entscheidend zu verbessern. Das reicht von Sonderkonditionen in der öffentlichen Förderung über steuerliche Anreize bis hin zu einem angepassten EU-Beihilferecht. Präsident Keitel kündigte an, dass sich die IHK auf der Grundlage dieses Papiers intensiv in die Diskussion einschalten werde.

Industriestandort Mitteldeutschland weiterentwickeln – Modern, Innovativ, Wettbewerbsfähig!

Die größten Herausforderungen im anstehenden Strukturwandel sind

- der adäquate Ersatz der wegfallenden qualitativ hochwertigen Arbeitsplätze in den Braunkohleunternehmen durch Erweiterungen bestehender und die Ansiedlung neuer Unternehmen sowie
- die langfristig sichere und bezahlbare Energieversorgung für Bürger und Wirtschaft, vor allem für die im deutschlandweiten Vergleich besonders stromintensive Industrie in Mitteldeutschland.

1. Jederzeit stabile Energieversorgung sichern

Für die stromintensive Industrie ist eine stabile Stromversorgung rund um die Uhr unverzichtbar, um deren Produktionsprozesse stabil ablaufen zu lassen. Die sich abzeichnende Lücke in der gesicherten Stromversorgung muss mit Hilfe eines ganzen Maßnahmenbündels geschlossen werden. Dazu zählen unter anderem neue grundlastfähige Gaskraftwerke, die sowohl Erdgas als auch „grünes Gas“ nutzen können.

2. Bezahlbare Energiepreise sicherstellen

Deutschland hat bereits jetzt die höchsten Strompreise in Europa. Für ein tatsächliches Gelingen des politisch induzierten Strukturwandels ist es besonders wichtig, den zu erwartenden Strompreisanstieg spürbar zu dämpfen, beispielsweise durch Absenkung der Netzentgelte oder der weit über dem EU-Mindestsatz liegenden Stromsteuer.

3. Infrastrukturausbau beschleunigen

Ein großer Ausbaubedarf betrifft Straßen und Schienenwege ebenso wie Glasfaser- und Mobilfunknetze sowie die Erschließung neuer Industriegebiete und die Ertüchtigung von Altstandorten. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen deshalb beschleunigt und vereinfacht werden, etwa durch Reduzierung der Planungsstufen, mehr Personal in den Behörden und eine Verkürzung des gerichtlichen Instanzenweges.

4. Klare Strukturen für nachhaltige Effekte im Mitteldeutschen Revier schaffen

Die sinnvolle Verwendung der Fördermittel erfordert Klarheit bezüglich der Strukturen und Verfahren. Für die Förderung von Projekten muss nachhaltig eine höhere Wertschöpfung entscheidend sein – in erster Linie indem bestehende Industriearbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden.

5. Regionalförderung modifizieren: Revierbonus einführen

Eine angepasste Regionalförderung sollte negative Effekte durch den Kohleausstieg möglichst gering halten. Dazu sind deutlich erhöhte Investitionszuschüsse im Sinne eines Revierbonus zu gewähren. Auch sind in den Revieren alle wertschöpfenden Investitionen in den Mittelpunkt zu stellen – unabhängig von Branche, regionaler Ausrichtung und Unternehmensgröße.

6. Investitionsfreundliche Rahmenbedingungen für die Industrie schaffen

Die Erweiterung bestehender und die Ansiedlung neuer Industriebetriebe werden im internationalen Standortwettbewerb insbesondere durch hohe Energie- und Arbeitskosten sowie hohe Steuern erschwert. Es sollte deshalb die Einführung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen etwa in Form von revierspezifischen Sonderwirtschaftszonen geprüft werden, um weitere kohleausstiegsbedingte Standortnachteile auszugleichen.

7. Rohstoffbasis für stoffliche Verwertung sichern

Projekte, die eine emissionsarme Kohlenstoff-Kreislaufwirtschaft unter Einbindung der einheimischen Braunkohle ermöglichen, sollten umfassend gefördert werden. Darüber hinaus sind neue Lösungen für die bis jetzt mit der Braunkohle verbundenen Prozesse vor allem in der Zement- und in der Gipsindustrie erforderlich.

8. Anwendungsorientierte FuE-Projekte in der Region fördern

Durch eine technologieoffene, unbürokratische Förderung sollte Forschung und Entwicklung (FuE) vor allem zur Verbesserung der Energieeffizienz, der Wasserstoffproduktion und der Nutzung nachwachsender Rohstoffe im Sinne einer stärker biobasierten Chemie unterstützt werden.

9. Strukturwandel braucht Ingenieure

Der anstehende Strukturwandel braucht ausreichende ingenieurwissenschaftliche Kompetenzen. Dabei wird der energetische Bereich erheblich an Bedeutung gewinnen. Durch ein neues ingenieurtechnisches Zentrum rund um dieses Thema und mit internationaler Ausrichtung könnte die einschlägige Kompetenz im Kernraum des Mitteldeutschen Reviers deutlich erhöht werden.

Das vollständige Dokument ist online unter www.halle.ihk.de (Nr. 4460204) einzusehen.

132/2019